

Wald-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wald-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Vertriebsstellen ohne Zuzugabe 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustelgebühren. Gehalt der Anzeigenannahme: zehn Mark vermittlungslos.

Die Anzeigen werden nach Kolonial-Zeiten berechnet: Die Zeile 0.25 Goldmark. Derbegriffen: Drei Promille bis 1. und 2. Dezember; 4. und 5. Dezember; 7. und 8. Dezember; 11. und 12. Dezember; 15. und 16. Dezember; 19. und 20. Dezember; 23. und 24. Dezember; 27. und 28. Dezember; 31. Dezember. Derbegriffen: Drei Promille bis 1. und 2. Dezember; 4. und 5. Dezember; 7. und 8. Dezember; 11. und 12. Dezember; 15. und 16. Dezember; 19. und 20. Dezember; 23. und 24. Dezember; 27. und 28. Dezember; 31. Dezember.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Eisenbahnfrage sind zu keinem Ergebnis gelangt. Verkehrsminister Ceder und Reichsfinanzminister Dr. Luther sind nach Berlin zurückgekehrt.

Der Reichsminister des Innern teilt auf den Antrag des Reichslandbundes, für die Einbringung der Ernte den notwendigen Schutz zur Verfügung zu stellen, folgendes mit: „Ich habe die Landesregierungen gebeten, um Schutze der Ernte die notwendigen polizeilichen Maßnahmen zu treffen.“

Vom dem Straßener des Stuttgarter Oberlandesgerichts wurde der Sattler Port zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, der Gefreite bei der Reichswehr Stroß zu vier Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust und der Gelegenheitsarbeiter Weibinger zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust wegen Betruges militärischer Geheimnisse verurteilt. Die Verurteilten hatten einen französischen Nachrichtenoffizier wichtiges militärisches Material aus Deutschland übermitteln.

Der Staatsgerichtshof hat gestern die Abrechnung der Reichsregierung für den 3. August in Frankfurt a. M. als Unterzeichnungsrichter für ungeliefert erklärt und die Festsetzung gegen die Durchführungen im Reichstag und Landtag verworfen.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Guben ist gegen die Ortsgruppe Gaffer bei Guben des Reichstagners Schwanz-Rot-Gold ein Verfahren wegen Geheimnisbruchs eingeleitet worden.

Die von der Arbeitsgemeinschaft niederländischer Verbände für den 3. August in Frankfurt a. M. geplante und beabsichtigte Demonstration ist verboten worden. Sie findet nunmehr in der Paulsstraße statt.

Zu der Zeit vom 1. bis 9. August halten die französischen Truppen Schießübungen in der Saardt mit kurzer Munition ab. Das Betreten des östlich der Ghauffe Weidungsbauern - Saltern gelegenen Gebietes der Saardt ist wegen der damit verbundenen Lebensgefahr verboten.

Nach fünfmonatiger Haft im Gefängnis in Mainz, wofür ihn die Staatsbehörde gebietet hatte, ist der Leiharbeiter des Verlages der „Bismarcker Zeitung“, Hugo Dell, wieder freigelassen worden und nach Bismarcks zurückgekehrt.

Im englischen Unterhaus erklärte Mellon, England habe drei Zerstörer im Bau und plane den Bau von zwei weiteren, Japan habe acht Zerstörer im Bau und plane den Bau von weiteren 18. In U-Booten habe das britische Reich im Bau 7, geplant 0, Japan 11 im Bau, geplant 20, an Kreuzern Großbritannien im Bau 4, geplant 5, Japan im Bau 5, geplant 6. Die riesigen Blotterentwürfen Japans verdienen ernste Beachtung.

Polen wird sich am Freitag nach Brüssel begeben, wo ihn die Unterfeldt zum Doktor honoris causa ernennen wird.

Die eine Berliner Zeitung wissen will, soll in den nächsten Tagen eine Verordnung bekanntgegeben werden, nach der alle französischen Häfen, auch die in den französischen Kolonien, den deutschen Schiffen zur Benutzung freigegeben werden. Bereits im September soll diese Verordnung Gültigkeit erlangen.

Die russische Handelsvertretung in Berlin hat ihre Tätigkeit wieder in vollen Umfang aufgenommen.

Das italoische Parlament hat das Remissionen zwischen den alliierten Mächten und Italien ratifiziert.

Die amerikanischen Botschafter sind in Erzwoll, am westlichsten Punkte Schottlands, eingetroffen.

Der Kongreß der Halensischen Kriegsteilnehmer, der Halensische Stahlhelm, hat mit 300 000 gegen 3000 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, welche die politische Selbständigkeit des nationalen Verbandes auspricht und der Regierung das Vertrauen mit der Bedingung gewährt, daß fortan im Rahmen der Verfassung streng gelehrt registriert wird.

Wer trägt die Schuld?

Zur zehnjährigen Wiederkehr des Mobilisationstages.

Auszug aus Nr. 12, Band 66 der unter dem 18. Dezember 1923 von der amerikanischen Regierung herausgegebenen amtlichen Kongreß-Protokolle (Congressional Record).

Im Jahre 1892 wurde zwischen Frankreich und Rußland ein Vertrag geschlossen, „um die Notwendigkeit eines Verteidigungsstranges abzumildern“, dessen Inhalt geheim gehalten werden mußte.

Im August 1911 brachte General Dubail in einer militärischen Konferenz vor, daß „vom westlichen Ende der Mobilisation an die französische Armee mit Hilfe der englischen auf ihrer linken Flanke in der Lage sein würde, die Offensive gegen Deutschland zu eröffnen. Es sei von größter Wichtigkeit, daß Deutschland alleseitig von Ost und West angegriffen werde.“ (Seite 366 C. R.)

Auf dieser Konferenz gewann man die Erkenntnis, daß Rußland nicht vor August 1913 kriegsbereit sei. Es wurde die Deutung „Defensiv-Krieg“ zu erweitern, daß sie eine frächtige „offensive“ „Offensive“ als bringende Notwendigkeit hinstellte.“ (Seite 319 C. R.)

Deutschland behielt keine Mobilisation am 1. August. Großbritannien erklärte Deutschland erst am 4. August den Krieg, trotzdem

„das am Sonntag, 2. August 1914, ein Regiment nach dem andern kriegsbereit ausgeteilt durch die Straßen Londons, um sich zur Einschiffung nach Kanada zu begeben.“ (Seite 374 C. R.)

Frankreich erklärte Deutschland den Krieg zu erklären, und zwar „nur aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich und England, denn es erschien rationeller, Deutschland als Angreifer hinzustellen.“ (Seite 377 C. R.)

In den Telegrammen zwischen Niwskoi (russischer Gesandter in Paris) und Salanoff (amerikanischer Minister in Petersburg) ist verschiedentlich erwähnt, daß

„weder Deutschland noch Österreich den Krieg wollten, und daß letzteres keinerlei Gewissensnöte empfindet noch Serbiens Unschuldigkeit anerkennen wollte.“ (Seite 373, Telegr. Nr. 186 und 187 C. R.)

Aber Salanoff erklärte: „Rußland würde keinesfalls von Frankreich ausbrechen, wenn es eine Mobilisation der russischen Volkstift bewenden würde.“ (Seite 373, Telegr. Nr. 1521.)

Niwskoi telegraphierte am 29. Juli 1914, daß Frankreich am Krieg fest entschlossen sei.“ (Seite 374, Telegr. Nr. 216 C. R.) Und doch hatte Poincaré die Unerschrockenheit mit der Zustimmung seines Ministerrats am 31. Juli an den König Georg V. zu schreiben:

„Frankreich würde alles, was in seiner Macht läge, tun, um den Frieden zu erhalten.“ (Seite 382 C. R.)

Am 28. Juli wurde Niwskoi von Salanoff benachrichtigt, daß

„Infolge Österreichs Kriegserklärung an Serbien morgen die Mobilisation der Obeila, Moskwa, Kiow und Kasan-Divisionen beordert würde. Er versichert aber gleichzeitig, daß Rußland keine Neutralität gegen Deutschland habe.“ (Seite 377 C. R.)

In Wirklichkeit hatte Salanoff dem russischen Kriegsminister die Geheimmobilisation befohlen, obwohl das die Generäle des Jaren erst forderten. Er lag dem Jaren vor, daß nur eine Teilmobilisation angeordnet werden sei. (S. 379 C. R.)

Die Mobilisation der belgischen Armee war bereits vollständig erfolgt, als die Geheimmobilisation der russischen Armee auf Befehl Salanoffs begann. Es wurden an die belgischen Provinzialgouverneure Befehle übermittelt, das Vordringen der französischen Truppen nicht als Grenzverletzungen zu betrachten. (Seite 379 C. R.)

Inzwischen wurden Telegramme zwischen dem deutschen Kaiser und dem Jaren gewechselt. Der deutsche Kaiser beschwor den Jaren, den Frieden nicht durch eine Mobilisation gegen Österreich zu durchbrechen. „Du hast die Verantwortung für den Krieg zu tragen.“ (Seite 376 C. R.) Der Jare antwortete am 31. Juli:

„Ich gebe dir mein feierliches Wort, daß, so lange die Unterhandlungen zwischen Deutschland und Serbien andauern, keine herausfordernden Handlungen seitens meiner Truppen vorgenommen werden.“ (Seite 377 C. R.)

Dennoch übertritten die russischen Truppen am nächsten Tage an vier Stellen die deutsche Grenze. (Seite 377 C. R.)

„In der Antwort auf das Telegramm des Jaren laut Wilhelm II.:

„Die Verantwortung für die Sicherheit meines Landes anwinkt mich zu Verteidigungsmaßnahmen. Ich bin in meinen Bemühungen, der Welt den Frieden zu erhalten, bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. . . Ich habe an Rußlands Seite in seiner äußeren Zeit gestanden. . . Der Friede Europas kann noch erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, keine kriegerischen Maßnahmen einzustellen, welche Deutschland und Österreich bedrohen.“ (Seite 377 C. R.)

Hierauf hat der Jare nie geantwortet!

Deutschland entschied sich, wenn bis Sonnabend, 1. August mittags 12 Uhr, die russische Mobilisation nicht eingeleitet sei, keine eigenen Armeen zu mobilisieren.

Der Kaiser erklärte, daß Österreich war die Klausel im französisch-russischen Vertrage befolgt, welche forderte, daß Rußland Deutschland anzuweisen müßte, falls Deutschland mobilisierte. (Seite 378 C. R.)

Nun waren die Schleusen des Krieges geöffnet und die Kluten der furchtbaren Katastrophe verbreiteten sich über die ganze Welt. Es fielen hier „37 440 000 Tote, Vermundete und Vermisste an, wozu noch unzählbar viele Frauen und Kinder kommen, die an Hunger und Entbehrung zugrunde gingen.“ (Seite 384 C. R.)

Senator Owen berichtet weiter: Das frühere Mitglied des höchsten Staatsgerichtshofes, der Amerikaner Frederic Baumann, hat in seinem Buch „L'ot France explain“:

„Ein einfaches Telegramm der französischen Regierung an die russische würde den Krieg verhindert haben. Ein einfaches Telegramm, in dem Rußland gemerkt wurde, daß Frankreichs Streit unterstützen würde, dem Rußland hätte von Anfang an erklärt, es würde keinen Krieg wagen, wenn es nicht der Unterzeichnung Frankreichs fähig wäre.“ (Seite 381 C. R.)

Es war bekannt, daß im Falle eines Kontinentalkrieges England 160 000 Mann in Nordfrankreich stellen mußte, um die linke französische Flanke auf der belgischen Seite zu decken. (Seite 381 C. R.) Gren versicherte dem deutschen Botschafter, laut einem Telegramm des russischen Botschafters an Salanoff,

„daß zwischen England einerseits und Rußland und Frankreich andererseits weder ein Bündnis, noch eine Konvention bestünde, und daß die geplante Verhandlung weder einen neuen Deutschland gerichteten Charakter gehabt, noch in irgend einer Beziehung zu der sogenannten Einheitsarmee-Politik (enclenching policy) gehandelt hätten.“ (Seite 379 C. R.)

Einige Mitglieder des britischen Kabinetes legten ihre Ämter nieder, als die Nachrichten der Geheimdiplomatie durch Grens Zeugnis offenbar wurden. Darunter Lord Morley und John Burns. (Seite 378/79 C. R.)

Senator Owen vertritt ferner:

„Die Botschaft, worauf ich die Aufmerksamkeit des Senats lenken möchte, ist, daß die belgischen militärischen Nachrichten den Krieg nicht wollten, den Krieg zu vermeiden suchten, und erst zum Krieg schritten, als sie überzeugt sein mußten, daß die anhaltenden Mobilisationen Rußlands und Frankreichs eine unbedingte Entschlossenheit zum Krieg erkennen ließen.“

Die Botschaft war: daß die russischen und französischen Mobilisationen zum Krieg entschlossen waren; daß die Mobilisation als den Beginn des Krieges beabsichtigt hatten; daß die den Krieg seit vielen Jahren nach genauem Planen, die sie in jährlichen militärischen Konferenzen einwarfen, vorbereitet hatten.“ (Seite 384 C. R.)

Schlimme Aussichten.

Die Lage in London ist sehr ernst. Es heißt, daß alle Sitzungen abgebrochen sind. Die Nachricht, daß die Konferenz überhaupt abgebrochen sei, wird allerdings bemerkt.

Auch hier muß man fragen: Wer trägt die Schuld? Und wieder meist die Antwort auf die Nation und auf den einen Mann hin, der der Hauptschuldige des Weltkrieges ist und jetzt den Friedensschluß verhindert: Poincaré und die Franzosen.

Der letzte französische Vorschlag geht dahin: Räumung des Ruhrgebietes in Abständen jedesmal nach Unterbrückung von je 2 Milliarden der 16 Milliarden Entschädigung und Schuldentilgung. Auf jeden Fall Räumung bis zum August 1926, wenn Deutschland nach Ansicht der Franzosen den Damesplan erfüllt hat. Die Kölner Zone die laut Friedensvertrag am 10. Januar 1923 geräumt werden müßte, muß bis zur völligen Räumung der Ruhr besetzt bleiben.

Das bedeutet nichts anderes als Verweigerung der Räumung und Verschärfung der Verfallens-Bestimmungen. Denn die 16 Milliarden Obligationen sind allen Maßstäben nach nicht überhäuft nicht unterzubringen und festschreiben, solange die Franzosen im Ruhrgebiet sitzen und mit uns und unserer Wirtschaft machen können, was sie wollen. Auch die Räumung zum August 1926 ist eine ganz leere Zusage, denn die Franzosen werden einfach nicht zugestehen, daß der Ruhrgebiet von uns erfüllt ist. Wir kennen doch maßgebend die Art, wie die Franzosen Verträge auslegen und deutsche Verletzungen konstatieren.

Wenn das das Ergebnis fähiger Verhandlungen unter den Alliierten ist, dann kann man auf einen Erfolg der Londoner Konferenz wirklich kaum mehr rechnen. Weltens nicht auf einen Erfolg, wie wir ihn fordern müßten. Die Alliierten werden sich verdrängen, irgendeinen ganz faulen Kompromiß untereinander zu schließen und ihn unter Betreibern mit einem „Jeit, Vogel, oder hier!“ zur Unterfertigung vorlegen. Dann muß ich sagen, daß unsere Regierungen und die Vertrauensmänner des deutschen Volkes, unser Parlamentarier, Männer sind, für die der alte deutsche Spruch: „Ein Mann, ein Wort!“ unmöglich wie Mannes Ehre ist.

Schon jetzt deutet sich in der Presse an, was wir zu erhoffen haben: gewisse demokratische Blätter verlieren sich immer mehr in überflüssige internationalistische Sentenzen und geben die Bereitwilligkeit zu außerordentlichen Zugeständnissen zu verstehen. „Nur seinen Wädgen der Börsenleute“ ist für sie zum Leitmotiv der Staatspolitik geworden.

Demgegenüber beruht die bisherige Haltung sozialistischer Arbeiter meistens verantwortungsbehaftet. So schreibt das holländische „Volksblatt“ gestern u. a.:

„Es ist ganz eigentümlich, daß innerhalb der französischen Delegation, die die öffentliche Meinung und das Freigeist Frankreichs fortgeltet in den Verhandlungen sitzen, ein Teil der Delegierten nicht nur eine öffentliche Meinung in Deutschland gibt und daß für diese öffentliche Meinung ebenfalls Grenzen bestehen. Wir können uns nicht vorstellen, daß irgendeine Regierung in Deutschland, ganz gleich welcher Art, in London ihre Unterfertigung unter der Bedingung gibt, daß das mächtige industrielle deutsche Gebiet weiter auf Jahre hinaus unter der Verwaltung einer fremden Macht steht. Die Siegerideologie, die in gefährlicher Weise in Frankreich und sich geistert hat, scheint auch diejenigen Köpfe nicht verdonnen zu haben, die die Worte „Völkerrecht“, „Demokratie“, „Internationaler Wiederaufbau“ fortgesetzt im Munde führen. Sätze Herriot auch nur eine Spur französischen Geistes, hätte er auch nur einen Hauch von Verständnis für die Eigenart deutscher Kultur und Gesellschaftsbedeutung, so würde es ihm nicht entgehen, daß er das Damesgutachten selbst labortiert und Deutschland die Erfüllung dieses Gutachtens zur Unmöglichkeit macht. Solange der Welt Poincarés in Fortsetzung die Konferenz von London überflüssig solange das französische Freigeist und der Ruhr einfall als Symbol eines französischen Sieges, als Punkt 1 der Tagesordnung bestehen bleiben, solange man nicht nur mit Deutschland als Objekt des Verhandlungs und Verhandlungs macht, solange man nicht die Forderung in Ermahnung sieht, daß das besiegte Deutschland auf keine öffentliche Meinung, auch keine politische Philosophie und keine schwer nachwirkende Tradition hat, solange wird ein Afford zwischen den beiden großen Kulturstaaten nicht möglich sein, solange fehlt die Plattform für die Durchführung des Damesgutachtens. Wir beneiden die deutsche Delegation nicht, die unter solchen Umständen die Aufgabe des Verhandlungs in London übernimmt.“

Im Gesamtinteresse unseres Volkes ist es sehr zu begrüßen, in diesen internationalistischen Dingen ernster befaßt zu sein, daß sich in der Sozialdemokratie ein Wandel zu nationalem und sozialdemokratischem Bewußtsein durchzusetzen beginnt.

Nur die Stimme des deutschen Volkes, die aus diesen Zeiten zu uns spricht, im entscheidenden Augenblick nicht wieder vom Partei-

